

**Beschlussempfehlung und Bericht**  
**des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)**

**zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung**  
**– Drucksache 14/1709 –**

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 9. September 1998 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland, der Regierung der Französischen Republik, der Regierung der Italienischen Republik und der Regierung des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland zur Gründung der Gemeinsamen Organisation für Rüstungskooperation (Organisation Conjointe de Coopération en Matière d'Armement) (OCCAR-Übereinkommen)**

**A. Problem**

Stärkung der Rüstungskooperation auf dem Gebiet der Verteidigungsausrüstung zur Herausbildung einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität durch Effizienzerhöhung und Kostenverringerung zur Erzielung eines optimalen Kosten-Nutzen-Verhältnisses auf Grund der Entwicklung optimierter Managementverfahren.

**B. Lösung**

Völkerrechtlich abgesicherte Verleihung einer eigenen Rechtspersönlichkeit an die quadrolaterale Rüstungsagentur OCCAR.

**Große Mehrheit im Ausschuss**

**C. Alternativen**

Keine

**D. Kosten**

## 1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

## 2. Vollzugaufwand

Die Einrichtung der OCCAR als rechtlich selbständige Behörde führt zu Personal- und Sachausgaben, deren Höhe von Anzahl und Umfang der durch OCCAR geführten Kooperationsprogramme abhängt. Für das Jahr 2000 werden diese Ausgaben auf ca. 29 Mio. Euro geschätzt. Aus dem Einzelplan 14 werden hierfür etwa 40 % getragen (weitere 40 % durch Frankreich, jeweils 10 % durch Großbritannien und Italien).

Zu den Kosten wird der Haushaltsausschuss gesondert berichten.

**E. Sonstige Kosten**

Kosten für die Wirtschaft entstehen nicht.

Aussagen über eventuell entstehende Kosten für soziale Sicherungssysteme können erst nach Abschluss der zurzeit noch laufenden Verhandlungen über die Personalordnung von OCCAR gemacht werden.

## **Beschlußempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Gesetzentwurf – Drucksache 14/1709 – unverändert anzunehmen.

Berlin, den 27. Oktober 1999

### **Der Verteidigungsausschuss**

**Helmut Wiczorek**  
Vorsitzender

**Manfred Opel**  
Berichterstatter

**Kurt J. Rossmanith**  
Berichterstatter

## Bericht der Abgeordneten Manfred Opel und Kurt J. Rossmanith

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf – Drucksache 14/1709 – in seiner 61. Sitzung am 7. Oktober 1999 beraten und zur federführenden Beratung an den Verteidigungsausschuss und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss sowie gemäß § 96 GO dem Haushaltsausschuss überwiesen.

### II. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der Auswärtige Ausschuss hat in seiner 30. Sitzung am 27. Oktober 1999 den Gesetzentwurf beraten und die Zustimmung mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. bei einer Gegenstimme der Fraktion der PDS, empfohlen.

### III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Verteidigungsausschuss hat den Gesetzentwurf in seiner 34. Sitzung am 27. Oktober 1999 beraten.

Der Berichterstatter der Fraktion der SPD erklärte die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf. Er betonte die besondere Bedeutung dieser neuen europäischen Organisation, die ihren Sitz in der Bundesrepublik Deutschland – in Bonn – haben werde. Begrüßenswert sei, dass die OCCAR einerseits die ihr von den Mitgliedstaaten übertragenen Rüstungsprogramme koordiniere, beaufsichtige und durchführe und andererseits gemeinsame zukunftsorientierte Tätigkeiten koordiniere und fördere, um dadurch die Effizienz des Managements bei Kooperationsvorhaben hinsichtlich der Kosten, Zeitplanung und Leistungserbringung zu erhöhen.

Seitens des Berichterstatters der Fraktion der CDU/CSU wurde ebenfalls die Gründung dieser europäischen Organisation begrüßt, obwohl festzustellen sei, dass 40 % der für das Jahr 2000 geschätzten Ausgaben von ca. 29 Mio. Euro, d. h. 11,6 Mio. Euro, aus dem Einzelplan 14 getragen werden müssten, sei er aber der Auffassung, dass hier nationale Egoismen hintangestellt werden sollten.

Berlin, den 29. Oktober 1999

**Manfred Opel**

Berichterstatter

**Kurt J. Rossmanith**

Berichterstatter